

Höhere Mehrwertsteuer jetzt auch auf Fleisch?

Die Mehrwertsteuer auf Fleisch und Wurst liegt bei dem reduzierten Satz von sieben Prozent und gehört zu den Grundnahrungsmitteln. Nach Ansicht einiger Politiker sollte sie jetzt steigen. Diese Mehreinnahmen kommen jedoch nicht zwingend bei den Tierhaltern an. Die Massentierhaltung hat Folgen: Die Tiere leiden. Sie bringt preisreduzierte Fleisch- und Wurstwaren auf den Markt. Sie berücksichtigt weder die Folgen für die Umwelt, noch die für die Tiere. Diese Form der Lebensmittelproduktion stößt immer mehr auf Kritik und so ist nun eine neue Diskussion gestartet, ob nicht eine höhere Mehrwertsteuer auf Fleisch dafür sorgen kann, das Tierwohl zu erhöhen. Die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze von 7 und 19 Prozent geraten wieder in die Debatte um Sinn und Unsinn. Der reduzierte Satz wurde einst geschaffen für Produkte, die dem Gemeinwohl dienen und für das Existenzminimum nötig sind. Die Mehrwertsteuereinnahmen sind aber nicht zweckgebunden, weshalb zusätzliche Einnahmen nicht automatisch eine verbesserte Tierhaltung bedeuten.



Altparteien schröpfen Bürger

Es ist egal, welches Farbenspiel unser Land regiert. Entlastungen werden versprochen, aber nicht umgesetzt. Betrachtet man die Einkommen nach Steuern und staatlichen Sozialleistungen, setzt sich die negative Tendenz fort. Die Polarisierung nimmt immer weiter zu. Das ist vor dem Hintergrund ein sehr merkwürdiger Umstand, weil die staatlichen Steuern und Transferleistungen die sozialen Unterschiede eigentlich verringern und nicht verschärfen sollten. Deutlich zeigt sich in welchem Maße die Bürger durch das Zusammenspiel von Steuern, Sozialabgaben und staatlichen Transferleistungen belastet werden: So bliebe etwa einem Singlehaushalt mit einem Jahresbruttoeinkommen von 17.000 Euro von einem zusätzlich verdienten Euro nichts übrig. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei einem Ehepaar mit zwei Kindern und einem Bruttoverdienst von 40.000 Euro. Hier blieben von dem zusätzlich verdienten Euro 56 Cent behalten. Bei einem Bruttoeinkommen von 90.000 Euro bliebe mit 66 Cent deutlich mehr.

Zunahme von Asylbewerberzahlen

Rund 305.000 Migranten stellten einen Erstantrag auf Asyl in der EU – ein Zehntel mehr als von Januar bis Ende Juni 2018. Inklusive der Folgeanträge waren es rund 337.000. Deutschland ist wieder mit großem Abstand das Hauptziel für Asylbewerber. Bereits in den Vorjahren reisten mehr Migranten illegal nach Europa als jemals zuvor.

Dem EU-Statistikamt (Eurostat) zufolge gab es in den Jahren 2014 (563.000), 2015 (1.257.000), 2016 (1.206.000), 2017 (655.000) und 2018 (586.000) jeweils historische Höchststände an Asylernanträgen. Die Asylernanträge sind dabei ein guter Richtwert, um das Ausmaß der illegalen Migration

einzuschätzen. Zwar reisen auch Personen unerlaubt ein, die keinen Asylantrag stellen. Dazu gehören besonders Migranten, die dauerhaft versuchen, unter dem Radar der Behörden zu bleiben. Auch hat ungefähr die Hälfte der sogenannten unbegleiteten Minderjährigen keinen Asylantrag gestellt. Andererseits reist aber auch ein Teil der jährlichen Asylbewerber legal über Touristen- oder Arbeitsvisa ein und stellt nach Ablauf des Visums einen Asylantrag, anstatt auszureisen; oder er stammt aus einem der nicht europäischen Staaten, deren Bürger visumbefreit sind.

Die Anerkennungsquoten lagen und liegen in der EU und auch in Deutschland meist zwischen 30 und 50 Prozent. Mehrheitlich

handelt es sich laut den Asylprüfverfahren der nationalen Migrationsbehörden nicht um Flüchtlinge.

Auch in diesem Jahr ist Deutschland wieder mit großem Abstand das Hauptzielland für Asylbewerber: Bis Ende Juli wurden dem BAMF zufolge 100.233 Asylanträge in Deutschland gestellt – darunter 86.350 Erstanträge. Stärkste Herkunftsländer waren Syrien, der Irak, Nigeria, Afghanistan und die Türkei. Insgesamt hat das BAMF bis Ende Juli über 119.000 Asylanträge entschieden. Von ihnen erhielten 24 Prozent Flüchtlingsschutz (inklusive 1,2 Prozent Asyl), 10 Prozent sogenannten Subsidiärschutz und 3,3 Prozent einen Abschiebungsschutz,

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Clans-Kriminalität und das Asylrecht

In vielen größeren Städten haben sich Clans festgesetzt und bauen ihre Machtstrukturen stetig aus. Ein bekannter Clan ist z.B. in Berlin der Remmos-Clan, der nach seinem Anführer benannt ist. Dieser lebt fürstlich in seiner beschlagnahmten Villa in Berlin-Buckow. Auffallend ist bei den jeweiligen Gruppen der Anteil von Ausländern, die eine Aufenthaltsgenehmigung haben, jedoch trotzdem nicht abgeschoben werden. So auch bei dem Clan-Chef aus Berlin, der über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt. Issa Remmo gehört zur Volksgruppe der Mhallami, die ursprünglich aus der heutigen Türkei stammen dürfte. 1985, als im Libanon Bürgerkrieg herrschte, wanderte er mit seinen Eltern nach Berlin aus. Er selber ist polizeilich ein unbeschriebenes Blatt. Was allerdings für einen Großteil der Familie Remmo nicht gilt. Mehrere seiner Söhne waren bereits in Haft und zahlreiche Verfahren laufen.

So zählt das Landeskriminalamt mehr als tausend Vorgänge, in denen Familienmitglieder tatverdächtig sind. Rund 200 Angehörige der Familie gelten dabei als aktenkundig hauptsächlich mit Delikten der sogenannten Straßenkriminalität wie Körperverletzung, Diebstahl, Betrug.

Es gibt allerdings auch einige größere Delikte, wie der Sparkassen-Einbruch eines Bruders von Remmo, bei dem zehn Millionen Euro erbeutet wurden. Zudem stehen aktuell drei seiner Neffen vor Gericht, wegen des mutmaßlichen Diebstahls der Riesen-Goldmünze aus dem Bode-Museum.

Angst vor der Justiz scheint kaum vorhanden zu sein, denn das Treiben geht ungebremst weiter. 2018 beschlagnahmte die Berliner Staatsanwaltschaft 77 Immobilien von mutmaßlichen Strohleuten des Remmo-Clans – sie sollten das Geld aus Straftaten waschen, so der Verdacht.

Grüne nach Behinderung einer REP-Kundgebung vor Gericht

Oft versuchen linke Chaoten unsere Kundgebungen zu stören. Dabei stellen Gesetze für einige Deutschlandhasser nur eine untergeordnete Rolle dar. Aus Sicht mancher Gegendemonstranten geht es schließlich um den angeblichen antifaschistischen Kampf und dabei sollen dann auch illegale Mittel legitim sein. Letztendlich sind es aber reine Krawall-Dauerdemonstranten, die den Rechtsstaat und unser Land ablehnen.

In Göttingen führte unsere Partei vor rund einem Jahr eine Kundgebung durch, bei der linke Störergruppen immer wieder versuchten die Veranstaltung zu behindern. Sitzblockaden wurden durchgeführt, um uns den Weg zu versperren. Selbst vor Flaschenwürfen schreckten einige Gutmenschen nicht zurück, obwohl diese zu erheblichen Verletzungen führen können. Während es bei Asylanten Blumen und Teddybären an Bahnhöfen waren, werfen sie gegen Mitbürger Flaschen und Steine. Jetzt stehen drei von ihnen vor Gericht. Zwei der Angeklagten sind ehemalige Mitglieder des Stadtvorstandes der Göttinger Grünen. Ihnen war von der Polizei zunächst eine Straftat vorgeworfen worden. Nach der Einstellung dieses Verfahrens müssen sie sich nun wegen einer Ordnungswidrigkeit verantworten. Sie sollen die damalige Demoroute unserer Partei blockiert haben. Vertreter der Grünen sprechen reflexartig von einer angeblichen „Kriminalisierung des antifaschistischen Kampfs“. Tatsächlich geht es aber darum, dass Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten konsequent verfolgt werden, damit auch künftig keine Meinungs-diktatur in unserem Land herrscht.

Neugründungen ohne den Hauch einer Chance

Es gibt Personen die daran glauben, dass die Neugründung einer Partei in Deutschland notwendig wäre. Anstatt aus den Fehlern von Petry, Lucke und Co. zu lernen wiederholen sich die Fehler kontinuierlich. Die Reihe wurde jetzt um Andre Poggenburg erweitert, der den Rückzug aus seiner neuen Partei mitteilte und direkt die Auflösung herbeiführen wollte. Enden wird dieses Fiasko wohl nie, denn die Verlockung nach einem Titel oder Ämtern ist zu groß, selbst wenn die Vereinigung nur ein halbes Dutzend Mitglieder hat.

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.